

Herrschaft und Schriftlichkeit am Ende der DDR

Samisdat und die politische Sprache in der realsozialistischen Diktatur

Ines Soldwisch

Einleitende Bemerkungen

Was ist eigentlich Herrschaft? Mit dieser Frage haben sich Philosoph_innen, Historiker_innen, Soziolog_innen und Forscher_innen anderer Wissenschaftszweige schon sehr lange mit unterschiedlichen Fragestellungen auseinandergesetzt, um den Begriff von Herrschaft zu schärfen, den Charakter von Herrschaft zu erkunden, aber auch Möglichkeiten und Begrenzungen von Herrschaft zu eruieren. Warum?

Begriffe dienen uns dazu, geschichtliche Wirklichkeit beschreibbar zu machen. Damit ist aber schon ein erstes Problem verbunden. Entweder, sie schießen über diese Wirklichkeit hinaus oder bleiben hinter dieser Wirklichkeit zurück. Da wir dieses Dilemma nicht sprachlos lösen können, bemühen wir uns dennoch Begriffe zu finden, die die geschichtliche Wirklichkeit nie zu 100 % abbilden können, aber »Träger einer in diese Wirklichkeit verwobenen Bedeutungsdimension«¹ sind, wie Christian Geulen 2010 beschrieb. Und genau deshalb gibt es Begriffsgeschichte, die seit den 70er Jahren prominent unter anderem von Reinhart Koselleck betrieben wird.

Mit dem Begriff Herrschaft lassen sich also viele Phänomene besser beschreibbar und erklärbar machen: Gemeinwesen, Staatlichkeit, gesellschaftliche Verfasstheit, Abhängigkeitspfade und vieles andere.

1 Geulen, Christian: »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 7, 1 (2010).

URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2010/4488>.

Der mit Recht viel zitierte Soziologe Max Weber legte mit seiner Formulierung der drei Typen der Legitimationsgründe von Herrschaft die Grundlagen für das neuzeitliche Verständnis von Herrschaft. Diese gehen ineinander über und können nicht klar voneinander abgegrenzt werden: Es sind mit Weber die Herrschaft rationalen Charakters, traditionellen Charakters und charismatischen Charakters.²

Für unsere Überlegungen zum Herrschaftsbegriff grundlegend sind die Ausführungen Max Webers in seinen Schriften zu Wirtschaft und Gesellschaft, hier formuliert Weber:

»Herrschaft soll, definitionsgemäß die Chance heißen, für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam finden. Nicht also jede Art von Chance, ›Macht‹ und ›Einfluß‹ auf andere Menschen auszuüben. Herrschaft (›Autorität‹) in diesem Sinn kann im Einzelfall auf den verschiedensten Motiven der Fügsamkeit: von dumpfer Gewöhnung angefangen bis zu rein zweckrationalen Erwägungen beruhen. Ein bestimmtes Minimum an Gehorchenwollen, also: Interesse (äußerem und innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis.«³

In diesem Zusammenhang führt Weber über das Gehorchenwollen weiter aus: »›Gehorsam‹ soll bedeuten: daß das Handeln des Gehorchenden im wesentlichen so abläuft, als ob er den Inhalt des Befehls um dessen selbst willen zur Maxime seines Verhaltens gemacht habe, und zwar lediglich um des formalen Gehorsamsverhältnisses halber, ohne Rücksicht auf die eigenen Ansichten über den Wert oder Unwert des Befehls als solchen.«⁴

Spannend ist die Frage, was passiert mit Herrschaft, wenn dieser Gehorsam eben, wie bei Weber formuliert, nur um dessen selbst wegen erfolgt oder noch weiter, wenn dieser Gehorsam nur von wenigen akzeptiert wird, oder gar gegen die Herrschaft – und sei es nur von einer kleinen Anzahl von Menschen – opponiert wird?

Von diesen Überlegungen handelt der folgende Beitrag. Es soll untersucht werden, wie und in welchem Rahmen und Handlungskontext in einem System totalitärer Herrschaft wie der DDR, Gegnerschaft und/oder Opposition öffentlich werden konnten, wie sie verschriftlicht ihren Ausdruck fanden in einem Herrschaftssystem, das auch die Schriftlichkeit kontrollierte und in

2 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, erster Halbband, Tübingen 1956, S. 124.

3 M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 122.

4 M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 123.

Form der Zensur unter »Gehorsam« stellte und eben nicht, wie bei Weber, ein aktives Mitwirken der Herrschaftsunterworfenen impliziert wurde.

Samisdat – das ist die verschriftlichte Sprache des »Volkes«. Er nimmt die politisch vorgegebenen Wörter ernst und richtet sie nachlesbar gegen jene Macht, die mittels einer Okkupation der Sprache ihren Anspruch auf Deutungshoheit und legitime Herrschaft einklagt. Samisdat, das meint Freilegung »wahrer Wortbedeutungen«, ist Sprachpolitik, Ringen um die angemessene Beschreibung der Wirklichkeit im Medium der Schrift. Samisdat – das steht auch für den Streit untereinander, für eine Vielfalt von Themen, eine Pluralität der Ausdrucksformen, ebenso für den Widerspruch der Meinungen untereinander. Gerade dadurch wird der Samisdat zum Alternativmodell zur hölzernen Regimesprache.

Ehrhart Neubert hat die kluge Frage gestellt:

»Kann eine Gesellschaft von einem Machtzentrum, das sich auf diese Gesellschaft beruft und sie zu vertreten vorgibt, bevormundet und für Herrschaftszwecke in Anspruch genommen werden, oder kann die Gesellschaft Macht über sich selbst erlangen?«⁵

Der politische Samisdat war genau dies, der Versuch, die Gesellschaft wieder zu ihrem Recht kommen zu lassen, und das, ohne die Staatsstruktur in Frage zu stellen. Weil die Regierung ihr Handeln mit der Staatsräson und dem Staat gleichsetzte, musste der Versuch, zum eigenen Sprechen zurückzukehren, den Herrschenden als Systemgefährdung erscheinen. Der politische Samisdat wurde zur sozialen Bewegung, als die lokalen Medien in die Hand der Gesellschaft zurückfielen, als durch technische Entwicklung und die Unterstützung von Ost und West die zentrale Kontrolle des gesellschaftlichen Mediensystems immer weniger gelang. Dabei rächte sich, dass die »Diktatur des Proletariats« zugleich die Herrschaft des Volkes behauptete. Das zur Sprache kommende Volk wollte die Reform des Systems. Aber weil das System jedes freie Sprechen gegen die Regierenden als Systemopposition deutete, blieb als Ausweg allein die Revolution. Mit deren Erfolg verlor der Samisdat seine Existenzgrundlage.

5 Neubert, Ehrhart: »Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt«, in: Ders./Bernd Eisenfeld (Hg.), *Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR*, Bremen 2001, S. 367–400, hier S. 390.

Die Herrschaft über die Schriftöffentlichkeit in der DDR

Bis zum Ende der 80er Jahre ist die Frage nach der Schriftöffentlichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik aus rechtlicher Sicht schnell beantwortet. Öffentliche Äußerungen waren nur soweit zulässig, wie sie den realen Sozialismus nicht in Frage stellten. Zuständig für die Kontrolle war der seit 1978 verantwortliche Sekretär des Zentralkomitees für Agitation und Propaganda Joachim Hermann. Eine freie, eine »funktionierende Öffentlichkeit«⁶ hat es bis zum Ende der DDR nicht gegeben. Die Mechanismen, sie zu unterbinden, waren vielfältig.

Das Medienmonopol des sozialistischen Staates war zudem strafrechtlich abgesichert. In Paragraph 106 des Strafgesetzbuches der DDR heißt es unter »Staatsfeindliche Hetze«:

- » (1) Wer mit dem Ziel, die sozialistische Staats- oder Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen oder gegen sie aufzuwiegeln, 1. Schriften, Gegenstände oder Symbole, die die staatlichen, politischen, ökonomischen oder anderen gesellschaftlichen Verhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik diskriminieren, einführt, herstellt, verbreitet oder anbringt; 2. Verbrechen gegen den Staat androht oder dazu auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- oder Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten; 3. Repräsentanten oder andere Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder die Tätigkeit staatlicher oder gesellschaftlicher Organe und Einrichtungen diskriminiert; 4. den Faschismus oder Militarismus verherrlicht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft. (2) Wer zur Durchführung des Verbrechens Publikationsorgane oder Einrichtungen benutzt, die einen Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik führen oder das Verbrechen im Auftrage derartiger Einrichtungen oder planmäßig durchführt, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu zehn Jahren bestraft.«⁷

6 Pollack, Detlef: Das unzufriedene Volk, Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020, S. 26.

7 Strafgesetzbuch der DDR in der Fassung vom 19. Dezember 1974, in: <http://www.verfassungen.de/ddr/strafgesetzbuch74.htm>, abgerufen am 25.1.2021.

Paragraf 220 des Strafgesetzbuches der DDR stellte Staatsverleumdung ebenfalls unter Strafe.⁸ Flankiert wurden beide Bestimmungen durch die »Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen« vom 20. Juli 1959⁹ und die »Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse«.¹⁰ Somit sicherte sich der Staat alle Kontrolle über die Medien und, in unserem Falle, die Macht über die Schriftöffentlichkeit.

Versuche, der »beherrschten Schrift« zu trotzen

Was aber blieb den Menschen übrig, die abseits dieser »durchherrschten Öffentlichkeit« (Jürgen Kocka) ihre Gedanken, Ziele und Wahrnehmungen äußern wollten?

»Trotz innerer ideologischer und militärischer Aufrüstung entwickelte sich in der DDR ein neuer Typ politischer Gegnerschaft. Sie ging legalistisch vor und stellte das politische System der SED nicht radikal in Frage. Die »offene kirchliche Jugendarbeit«, die unabhängige Friedens- und Ökologiebewegung sowie die Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte bildeten Gruppen und Netzwerke aus, gaben Samisdatserzeugnisse heraus und zeigten sich in öffentlichen Aktionen. Dieses Verhalten stellte nicht nur eine bloße Reaktion auf die Defizite in der DDR dar, sondern war in der Bestimmung von Zielen und der Wahl der Mittel auf Unabhängigkeit und Öffentlichkeit aus.«¹¹

Die genannten Gruppen schufen sich Handlungsräume in Initiativen, in Friedens- und Umweltkreisen, in Gesprächskreisen, aber auch in halböffentlichen Samisdat-Schriften. Handlungsräume waren »in der geschlossenen

8 Strafgesetzbuch der DDR in der Fassung vom 19. Dezember 1974, in: <http://www.verfassungen.de/ddr/strafgesetzbuch74.htm>,

9 Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen« vom 20. Juli 1959, in: <https://www.gvoo.de/gesetzblatt-gbl-ddr-teil-1-1959/seite-640-350359.html>, abgerufen am 10.6.2021.

10 Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse, in: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC-9-32323/index.htm?kid=e1644111-a2a9-498f-8621-d56dc50765b1>, abgerufen am 25.1.2021.

11 E. Neubert: Vorgeschichte, S. 373.

Gesellschaft nur dann gegeben [...], wenn sie von ihnen selbst geschaffen wurden und es wenigstens ansatzweise zur Ausbildung von ziviler Gesellschaft kam«. ¹²

Infolgedessen machte sie der Staat zu Staatsgegnern, während sie selbst doch ganz anderes anstrebten. Der Begriff der Opposition greift deshalb zu kurz. Er wird dem Anspruch und den Zielen der Akteure nur bedingt gerecht. Sebastian Richter hat auf den Begriff des politischen Eigensinns verwiesen. Dieser erscheint in der Auseinandersetzung mit dem Samisdat-Schrifttum tatsächlich als viel treffender. Den politischen Aktivisten ging es nicht um die Infragestellung des sozialistischen Staates, sondern darum, Wege der Problemlösung aufzuzeigen. Gegen den Begriff der Staats-Opposition haben sich auch manche der Akteure selbst ausgesprochen. Zwei Beispiele dafür seien angeführt: Friedrich Schorlemmer, Wehrdienstverweigerer, unbequemer Theologe und Hauptautor der »20 Wittenberger Thesen« erläuterte rückblickend, wie sehr er auf das eigene Umfeld fixiert gewesen sei und wie eng die Verbundenheit mit dem Staat war – freilich nicht mit der Regierung: »[...] ich habe die DDR stabilisiert, [...] denn ich habe ihr als Feind gedient, auf ihre Veränderung gehofft und Weggehen als Fluchten vor der Verantwortung verstanden«. ¹³

Markus Meckel, »DDR-Aktivist«, Pfarrer und späterer Mitbegründer der SDP wehrte sich schon Anfang der 80er Jahre gegen die Bezeichnung »Opposition«:

»Von staatlicher Seite ist in der DDR oft der Vorwurf zu hören, in den Friedensgruppen sammelten sich oppositionelle Elemente. Mit diesem Sprachgebrauch ist dann mehr gemeint, als der Begriff ›Opposition‹ besagt. Opposition heißt hier: Staatsfeind. Möglicherweise steht dahinter auch die Assoziation ›bürgerlichen‹ Sprachgebrauchs, wonach die Opposition die Machtübernahme anstrebe. Dies aber für die Träger von Friedensaktivitäten anzunehmen, ist absurd. Worum es ihnen geht, ist eine von staatlicher Reaktion unterschiedliche Reaktion auf konkrete politische Bedingungen und die Su-

¹² E. Neubert: Vorgeschichte, S. 371.

¹³ Zitiert nach: Richter, Sebastian: Norm und Eigensinn, Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985-1989, Berlin 2007, S. 28.

che nach politischen Alternativen zum Wohl des Staates und der Menschen, die in ihm leben.«¹⁴

Auch 30 Jahre später ist in seinen Erinnerungen zu lesen:

»Man war nicht einfach ›Mitglied der Opposition‹, wie es vielfach zu lesen ist. Es gab keine Mitgliedschaft und von Organisation zu sprechen führt vielfach in die Irre. [...] Uns ging es erst einmal schlicht darum, ein mündiger Mensch zu sein und uns unserer Verantwortung bewusst zu werden. Wir waren uns bewusst: Man darf nicht alles mitmachen und alles schweigend hinnehmen. Zumindest den Mund aufzumachen erschien uns als Gebot.«¹⁵

Dieses Mundaufmachen, von dem bei Meckel die Rede ist, führte Mitte der 80er Jahre zur Herausbildung einer Art Gegenöffentlichkeit, die ihre Handlungs- und Verbreitungsmöglichkeiten durch Verschriftlichen zu steigern suchte. Diese Schriften wurden heimlich verfasst, vervielfältigt und verteilt. Seit Sowjetzeiten gab es für solche im Selbstverlag erschienenen Publikationen den Begriff des Samisdat. In der DDR war der Begriff freilich tabu. Als Lemma tauchte er weder in Nachschlagewerken auf noch gehörte er zum sagbaren Sprachgebrauch. Der Begriff schien einfach nicht zu existieren, so groß war die Angst vor ihm. Selbst auf höchster politischer Ebene wurde er strikt vermieden.

Karl Wilhelm Fricke zitiert im Zusammenhang mit den manipulierten DDR-Kommunalwahlen von 1988 aus einer »Vertraulichen Verschlusssache« der Staatssicherheit Bezirksverwaltung Berlin. Dort ist von »schriftliche(n) Materialien« die Rede und »von Personenzusammenschlüssen des politischen Untergrundes zur Verunglimpfung der Volkswahlen«¹⁶. Gemeint waren Samisdatschriften, aber nicht einmal die Stasi wagte den Begriff zu verwenden, so gefährlich schien er.

14 Meckel, Markus/Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit, kommentierte Quellentexte, mit einem Vorwort von Hermann Weber, Köln 1994, S. 135.

15 Meckel, Markus: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen, Leipzig 2020, S. 97.

16 Zitiert nach Fricke, Karl Wilhelm: »Vorwort«, in: Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002, S. 15-19, hier S. 15.

Die Angst vor der Sprache der Anderen

Woher kam die Angst vor dem Samisdat? Auf den ersten Blick scheint es verwunderlich, dass ein so ausgeklügeltes System von Herrschaft, Macht, Kontrolle, Überwachung und Repression – auch der Sprache – sich von einer kleinen, nur heimlich im Untergrund agierenden Schriftlichkeit bedroht fühlte. Noch verwunderlicher erscheint, dass es überhaupt möglich war, Samisdat-literatur, egal in welcher Ausprägung, zu verbreiten.

Sprache ermöglicht, Einfluss zu gewinnen, vermag Wirklichkeit zu bezeichnen und entzieht der Herrschaft dadurch ihre Legitimation. Übrig bleibt der reine Machtwille, die pure Willkür. Eben deshalb setzte die DDR-Führung auf die Kontrolle der Sprache. Wo es keine Trennung gab zwischen Staat, Verfassung und Regierung, da meint jedes Nachdenken über Reformen Staatsgegnerschaft. Weil Sprache auf Handeln abzielt, erschüttert nichtkonformes Sprechen die reine Macht. Vor der Revolution von 1989 beobachteten wir daher eine Revolution des Sprechens. Und konsequenterweise waren es die Bürgerrechtsgruppen und die Kirchen, die den Menschen die Sprache zurückgaben. Am Anfang des »Wir sind das Volk« stand der Samisdat, stand eine neue Sprache, die das neue Sprachhandeln der Akteure begründete und vorführte. Sie kommentierte die offizielle Sprache des Staates und führte sie auf ihren wahren ideologischen Kern zurück, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Der Begriff Samisdat

Was meint Samisdat? Ilko-Sascha Kowalczyk nennt den russischen Schriftsteller Nikolai Glaskow als Urheber dieses Begriffs.¹⁷ Glaskow, der seine unveröffentlichten Gedichte 1952 lose zusammengeheftet hatte, bezeichnete diese als »Sam-sebja-isdat«, in deutscher Übersetzung »Verlag für sich selbst«. Später benannte er das privat verteilte Schrifttum, das zeitgenössisch weder politisiert oder in irgendeiner Art oppositionell gewesen sei, in Samisdat, in deutscher Übersetzung »Selbstverlag« um.¹⁸ Politisch aufgeladen wurde der Begriff in der Sowjetunion erst in den 60er Jahren, als verbotene Autoren ihre

17 Kowalczyk, Ilko-Sascha: »Von »aktuell« bis »Zwischenruf«. Politischer Samisdat in der DDR«, in: Ders. (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002, S. 21-104, hier S. 31-32.

18 I.-S. Kowalczyk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«, S. 31-32.

Schriften über den Samisdat verbreiteten. Das wohl bekannteste im Samisdat vertriebene Werk ist Alexander Solschenyzens »Der Archipel Gulag«¹⁹.

Formen des Samisdat in der DDR

Ziele Glaskows Selbstverlag noch auf die Verbreitung der eigenen Schriften, so erwies sich die Eigeninitiative rasch als politische Alternative zur Staatspublizistik. In den 60er Jahren ging es nicht nur darum, Schriften selbständig zu verfassen und zu verteilen, sondern darum, der durchherrschten Öffentlichkeit eine deliberative Öffentlichkeit entgegenzustellen. In den letzten Jahren der DDR lassen sich dementsprechend verschiedene Richtungen des Samisdat ausmachen.

- a) Der allgemeine Samisdat, der sich mit Missständen des Alltags, mit Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen usw. befasste.
- b) Der literarische und der künstlerische Samisdat, dessen Schriften aufgrund der herrschenden Kulturpolitik sonst nicht erscheinen konnten. Er hatte für den politischen Samisdat Vorbildwirkung, weil er aufzeigte, dass es möglich war, »nichtlizenziert« zu publizieren.
- c) Der kirchliche Halbsamisdat und der unmittelbar politische Samisdat. Sie stellten das Meinungsmonopol des Staates immer mehr in Frage.

Zu betonen ist an dieser Stelle, dass die identifizierten Formen der Samisdatliteratur nicht klar voneinander getrennt betrachtet werden können, da sie inhaltlich ineinander übergingen und der Samisdat insgesamt inhaltlich vielfältig war. Viele Samisdatschriften befassten sich mit zeitgeschichtlichen, philosophischen und politischen Themen, enthielten aber auch literarische Texte und künstlerische Grafiken und Zeichnungen.

Die Samisdatschriften stellten mit ihren zeitgeschichtlichen Dokumentationen, mit ihrem Aufdecken von Missständen im Alltag, auch der Dokumentation von Umweltverschmutzungen einen Gegenpol zu den zentral bereitgestellten Nachrichten des von der SED beherrschten Staatsapparats dar. Fantasiervolle Namen hatten die Samisdat-Zeitschriften: *Dokumenta Zion*, *Fußnote 3*, *Die Mücke* und *Wahlfall 89*, um nur einige zu nennen. Sie gaben Aufschluss über das Denken und die Aktivitäten der Sprachaktivisten. Stephan

19 Solschenyzen, Alexander: Der Archipel Gulag. Frankfurt a.M. 2008.

Bickhardt, evangelisch-lutherischer Pfarrer, gab 1988 die *Spuren* in Form sogenannter *radix-blätter* heraus. Sie boten eine erste authentische Beschreibung der Geschichte der oppositionellen Friedensbewegung in der DDR. *Arche Nova*, *Wendezeit*, *Kontext* und andere widmeten sich der Geschichte der Sowjetunion und der Perestroika-Politik Gorbatschows, die in der DDR offiziell nicht erschienen.²⁰

Nicht nur aufgrund der immer größeren inhaltlichen Breite nahm die Bedeutung des Samisdat seit 1986 sprunghaft zu und verstärkte sich bis 1989 weiter. Neubert führt an, dass auf der Grundlage der erschienenen Titel und der verwendeten Vervielfältigungstechnik für 1988 davon auszugehen sei, dass mehrere Zehntausend Exemplare Zeitschriften, Bücher und mehrseitige Informationsblätter im Samisdat erschienen seien.²¹ Viele dieser Schriften wurden nach dem eigenen Lesen weitergegeben, von Hand zu Hand gereicht, bei Demonstrationen, bei Zusammenkünften und unter Freunden, sodass die Verbreitung selbst noch um einiges höher eingeschätzt werden kann.

Akteure und Distributionsformen des politischen Samisdat in der DDR

Die Geschichte des politischen Samisdat begann nicht erst in den 80er Jahren. Politisch unliebsame Flugblätter, Aufrufe, Manuskripte oder Handzettel begleiteten die gesamte Geschichte der DDR.

Bis zum Mauerbau 1961 wurden sie meistens im Westen hergestellt.²² In den 80er Jahren erlebte der ganze Ostblock eine Blüte der Samisdatliteratur. Die meisten Schriften wurden jetzt im Osten selbst herausgegeben, gedruckt und vertrieben. Der politische Samisdat vertraute dabei recht einfachen Mitteln wie Schreibmaschine, Durchschlagpapier oder Stempelkasten, die nur sehr kleine Auflagen erlaubten. Doch gerade dies erschwerte der Stasi die Kontrolle, gehörte doch die Schreibmaschine zur Ausstattung moderner industrieller Produktion, bedurfte es an vielen Stellen des Papiers und der Durchschläge und ließen sich Stempelkästen doch selbst herstellen.

Auch das Schrifttum der evangelischen Kirche, soweit es politische Themen behandelte, muss zum politischen Samisdat gezählt werden. Die frühen

20 Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn ²2000, S. 768.

21 E. Neubert: Geschichte der Opposition, S. 752-753.

22 I.-S. Kowalczuk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«, S. 50.

Blätter hielten sich noch zurück, formulierten vorsichtig und abwägend. Terminankündigungen fand man hier, Selbstdarstellungen einzelner christlicher Gruppen und Beiträge zu gesellschaftlichen Themen mit religiösem Bezug.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre änderte sich dies alles. Der politische Samisdat, auch der kirchliche, wurde jetzt mutiger und kritischer. Politische Themen rückten in das Zentrum der Veröffentlichungen. Und die Probleme wurden jetzt bei ihrem Namen genannt. *Grenzfall* und die *Umweltblätter* avancierten zu den bekanntesten und wichtigsten Samisdatschriften in der DDR. Seit 1986 erschien der *Grenzfall*, kurz darauf kursierte auch das erste Heft der Umweltbibliothek in der Berliner Zionsgemeinde.²³

Die Zahl der bekannten Samisdatschriften stieg von 1987 20 auf über 30 im Jahr 1988 und erreichte 1989 einen Umfang von 39 Titeln. Die viel größere Anzahl der Blätter führte naheliegenderweise auch zu einer größeren Vielfalt der Themen und einer deutlichen Ausweitung der politischen Perspektiven. Die *Umweltblätter*, die ich eben schon kurz angesprochen habe, wurden von der Berliner Umweltbibliothek herausgegeben, insgesamt erschienen bis 1989 32 Ausgaben. 1989 wurden sie in *telegraph* umbenannt.

Ilko-Sascha Kowalczuk schreibt den *Umweltblättern* eine dezidiert basisdemokratische, radikalökologische und anarchische Orientierung zu.²⁴ Der *Grenzfall* hatte seinen Ursprung in der »Initiative Frieden und Menschenrechte« und vertrat von hier aus radikaldemokratische Positionen und insistierte auf einen universell gültigen Menschenrechtsbegriff.

Hubertus Knabe hat in seinen Studien darauf hingewiesen, dass »sich bei den Veröffentlichungen wachsende Unterschiede in den redaktionellen Konzepten« gezeigt hätten – pendelnd »zwischen praktisch orientierten und theoretisch ausgerichteten Heften, zwischen lokal verankerten, überregional oder DDR-weit agierenden Periodika, zwischen Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Analysen, künstlerischen Essays, kommentarlosen Dokumentationen oder kürzeren Informationen«²⁵. Kurz, die Samisdatliteratur erwies sich als Forum immer größerer Teile öffentlicher Deliberation.

Die meisten Samisdatschriften wurden in den 80er Jahren auf kirchlichen Verfielfältigungsmaschinen hergestellt. Ausgaben, die ohne kirchliche Unterstützung auskommen mussten, hatten es deutlich schwerer. *Anschlag*

23 I.-S. Kowalczuk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«, S. 50.

24 I.-S. Kowalczuk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«, S. 51.

25 Knabe, Hubertus (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Hamburg 1989, S. 29.

oder *Glasnost* in Leipzig wurden mit Hilfe von Schreibmaschinen und Kohlepapier erstellt, später auch mit dem Computer vervielfältigt, erschienen deshalb auch nur in wenigen Exemplaren. Der *Grenzfall* entstand anfangs noch auf Fotopapier im Format A6 mit 50 Exemplaren. Erst als über Robert Jahn ein Wachsmatrizengerät aus dem Westen besorgt werden konnte, wurde die Herstellung der Zeitschrift einfacher und auf 1000 Exemplare ausgedehnt. Dennoch bereitete besonders die Materialbeschaffung Schwierigkeiten. Matrizen, Papier und Farbe waren aus nachvollziehbaren Gründen in der DDR schwer zu beschaffen und wenn vorhanden, dann achtete die Stasi auf deren Verwendung. Unter diesen Umständen blieb allein der Import aus dem Westen. Freunde, Bekannte und Korrespondenten, die im Osten akkreditiert waren, halfen in dem Maße, wie sie es konnten.²⁶

Thomas Pilz, der damals in der Oberlausitz lebte, berichtete in einem Zeitzeugeninterview von der Zufälligkeit der Entwicklung der Verbreitung von Samisdat-Blättern, in seinem Fall der *Lausitzbotin*:

»[...] wir entdeckten nämlich plötzlich auf dem Boden des Pfarrhauses von Großschöna (von Pfarrer Alfred Hemple, der später auch das Neue Forum in Berlin mitgegründet hat) ein Druckgerät, das nicht registriert war. Pfarrer Hempel hat uns informiert, hat uns das zur Verfügung gestellt, und daraufhin haben wir beschlossen, daß wir selber Samisdat herstellen, um das Netz doch mehr zu verbreitern, mit Information, die wir selber über unsere Region gesammelt haben, aber natürlich auch Informationen, die aus Berlin, aus Leipzig, aus Dresden kamen.«²⁷

Die Finanzierung der Auflagen war ein weiteres Problem. Fast alle Blätter riefen ihre Leser zu Geldspenden oder Materialspenden auf. Einige Publikationen wurden zu Preisen von 5 oder 10 Mark verkauft.²⁸

Verbreitet wurden Samisdatschriften in kleinen Kreisen, von Hand zu Hand. Aber auch das Verlesen in Kirchen kam vor. Neubert schildert einen Gottesdienst im Oktober 1989 in Suhl: »Im folgenden Informationsteil wurden die verschiedenen politischen Aufrufe und Stellungnahmen der Kirchen und der neuen oppositionellen Gruppen verlesen, die ja in den Medien noch

26 I.-S. Kowalczyk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«, S. 78.

27 »Samisdat und Erinnerung. Eine Diskussion«, in: Matthias Buchholz/Walter Schmitz/Andreas Schönfelder/Tom Sello (Hg.), *Samisdat in Mitteleuropa. Prozeß, Archivierung, Erinnerung*, Dresden 2004, S. 29-54, hier S. 32.

28 I.-S. Kowalczyk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«, S. 79.

längst nicht veröffentlicht werden duften«.²⁹ Da kam also zur schriftlichen die mündliche Öffentlichkeit hinzu und senkte dadurch die Verbreitungskosten. Und doch:

»Schwierig war es vor allem, billiges, abzugsfähiges Papier zu besorgen. Das mußte in kleinen Packungen im ganzen Land zusammengekauft werden. Verschiedentlich ordneten die Behörden an, daß solches Papier überhaupt aus den Läden verschwand. Soweit vorhanden, wurde in der Regel die schlichte kirchliche Vervielfältigungstechnik verwendet. Einige Samisdatreaktionen konnten sich selbst mit solcher Technik versorgen. Dabei waren zahlreiche Vorschriften zu beachten. Westliche Unterstützergruppen, zumeist ehemalige DDR-Oppositionelle, halfen bei der Beschaffung von Vervielfältigungsapparaten, Ersatzteilen oder Druckerfarbe. Zumeist wurde mit Wachsmatrizen gearbeitet, die bei Westmaterial fast tausend Abzüge und mit Ostmaterial etwa die Hälfte ermöglichten. Bei dem ebenfalls üblichen Ormik-Spiritusverfahren konnten nur etwa 150 Exemplare hergestellt werden, wobei Nachdrucke üblich waren«.³⁰

Bekämpfung des Samisdats

Aus Sicht des Regimes gab es eine klare Abgrenzung zwischen dem literarischen Samisdats³¹ und dem viel gefährlicheren politischen Samisdats, der im Umfeld von Bürgerrechtsgruppen entstanden war und sich an ein breiteres Publikum wandte. Allgemein konnte gegen den Samisdats auf mehreren Ebenen vorgegangen werden. Die Dienstanweisung Nr. 2/85 ermöglichte ein frühzeitiges Eingreifen zur »vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit«³².

29 Neubert, Ehrhart: »Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht«, in: Totalitarismus und Demokratie 3 (2006), S. 47-77, hier S. 55.

30 E. Neubert: Geschichte der Opposition, S. 753.

31 Vgl. dazu den Aufsatz von Michael, Klaus: »Samisdats-Literatur in der DDR und der Einfluss der Staatssicherheit«, in: DA 36 (1993), S. 1255-1266.

32 Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20.2.1985, in: https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/Downloads/Grundsatzdokumente/anweisung-2-85_untergrund.pdf, abgerufen am 19. Januar 2021.

Seit dem Machtantritt Gorbatschows 1986 und damit der Öffnung der politischen Diskussion in der UdSSR galt dem politischen Samisdat eine besondere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit. Im November 1987 traf das Verdikt die Berliner Zeitschrift *Grenzfall*. Alle Exemplare wurden beschlagnahmt. Gegen die Herausgeber erörtere ein internes Rundschreiben Erich Mielkes zivil- und strafrechtliche Maßnahmen.³³

Während einer Demonstration erteilte am 15. Januar 1988 einzelne Mitglieder des Bürgerrechtskreises um den *Grenzfall* die aufsehenerregende Verhaftung. Doch in der Endphase des DDR-Regimes ohne Schutz durch die UdSSR blieb die Waffe der Stasi-Gewalt stumpf. Schon kurz nach der Verhaftung entstand in direkter Reaktion die Zeitschrift *Kontext* unter dem Dach der evangelischen Kirche. Zivil- und strafrechtlichen Maßnahmen war damit ein klarer rechtlicher Rahmen gesetzt, der nur schwer zu überwinden war. Auf inoffiziellen Wege versuchte die Stasi dennoch, die Verbreitung des *Kontextes* zu verhindern, etwa durch Abfangen der Kuriere, durch Postkontrolle, den Einsatz weiterer IMs und durch die Einflussnahme über die Kirchenleitung.³⁴ Bis zu zehn Prozent der Samisdat-Auflage sind durch MfS-Beschlagnahmungen verlorengegangen³⁵, nicht wirklich viel, aber für die Geschichtswissenschaft mehr als ausreichend. So sah sich die Stasi zu anderen Maßnahmen gezwungen:

»Im Kampf des MfS zur Eindämmung der unabhängigen Öffentlichkeit wurden zur Desinformation auch Plagiate eingesetzt. Der Friedrichfelder Feuermelder teilte in seiner Ausgabe vom April 1987 mit: »Am 30.3. ist in Berlin eine gefälschte Ausgabe des Friedrichfelder Feuermelder aufgetaucht. Das aus behördenfreundlichen Kreisen stammend Pamphlet wurde per Postwurf verteilt.«³⁶

Einfluss und Auswirkungen des Samisdat-Schrifttums auf die »Öffentlichkeit« und die Herrschaftsstrukturen in der DDR

Mit dem Einsatz neuer Technik stieg die Auflagenhöhe der Samisdatsschriften. Während in den Anfängen der 80er Jahre die Publikationen noch von

33 K. Michael: Samisdat-Literatur in der DDR, S. 1264.

34 K. Michael: Samisdat-Literatur, S. 1265.

35 E. Neubert: Geschichte der Opposition, S. 753.

36 E. Neubert: Geschichte der Opposition, S. 754.

Hand zu Hand gingen und aufgrund ihrer geringen Anzahl wenige Menschen erreichen konnten, wurde nun durch neue Druck- und Verteilungsmechanismen eine breitere Gegenöffentlichkeit erreicht. Die Schriften wurden auf ausgewählten Veranstaltungen verteilt, z.B. während Demonstrationen, sie fanden sich auf Büchertischen in Kirchen oder auch in der Umweltbibliothek.

Die Reformkräfte gewannen Ende der 80er Jahre immer mehr Einfluss, auch das war ein Grund für immer höhere Auflagen des Samisdatschrifttums. So wurde der Samisdat zum »Spiegelbild« von immer selbstbewusster werdenden Teilen der Gesellschaft und reflektierte deren Erneuerungswillen. Ein breites Themenspektrum deckte der Samisdat ab: Innerer und äußerer Frieden, Umwelt, ökologisches Wirtschaften, SED-Staat und Kirche, Menschenrechte, Demokratisierung, gesellschaftliche Reformen, Glasnost und Perestroika, Ostmittel- und Osteuropa, Solidarität mit der Dritten Welt, Fragen der Geschichtskultur und das Erinnern an die politischen Häftlinge.

Im Herbst 1989 erlebte der Samisdat in der DDR seinen Höhepunkt, angestachelt dadurch, dass das Regime sich als immer weniger fähig erwies, die Wirklichkeit angemessen zu reflektieren. Der Sprachlosigkeit der SED und des Staates begegneten die Veröffentlichungen des Samisdat. Er versorgte die Westmedien und die DDR-Bevölkerung direkt mit all jenen aktuellen Informationen, die die DDR-Führung zurückhielt oder überhaupt nicht mehr verarbeiten konnte.

An die Stelle der durchherrschten Sprache setzte der Samisdat die lebendige Sprache freier Deliberation. Deshalb gab es auch viele Meinungen und viele Positionen im Samisdat. Die Illusion der systemkonformen Revolution brach sich an der Sprachlosigkeit des Regimes und musste an der Revolution 1989/90 enden. Denn zur offenen Gesellschaft gab es keine systemkonforme Alternative. Der Samisdat wurde wieder reiner Selbstverlag, und weil es so viel andere Verlage gab, in die Nische gedrängt. Einige Samisdatautoren arbeiteten jetzt als Redakteure, Herausgeber oder Zeichner angesehener neuer oder alter Blätter.

Die Aktivisten und ihre Samisdat-Veröffentlichungen bereiteten den Boden vor, auf dem jene Revolution stattfand, die sie so nie angestrebt hatten. Bürger und Bürgerinnen hatten sie sein wollen, hatten sich das Recht des Staatsbürgerseins genommen und damit der realsozialistischen Diktatur, die gleichzeitig vorgab vollendete Demokratie, Bürgerparadies und Wohlstandshort zu sein, die Grundlage entzogen. In den Worten von Ilko-Sascha Kowalczyk: »Der Samisdat braucht [...] nicht idealisiert werden. Nicht alles, was als Samisdat erschien, bürgte für Qualität, Innovation oder politische Weis-

heit. Die Existenz des Samisdat jedoch formierte eine Kraft.« [...] »Samisdat hieß Handeln, es ging darum, die Hoheit über die Sprache, über das eigene Leben, über die Gesellschaft zurückzuerlangen.«³⁷ Der Samisdat erlaubte genau dies.

Quellenverzeichnis

Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen« vom 20. Juli 1959, in: <https://www.gvooon.de/gesetzblatt-gbl-ddr-teil-1-1959/seite-640-350359.html>, abgerufen am 10.6.2021.

Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20.2.1985, in: https://www.bstu.de/assets/bstu/content_migration/DE/Wissen/MfS-Dokumente/Downloads/Grundsatzdokumente/anweisung-2-85_untergrund.pdf, abgerufen am 19. Januar 2021.

Knabe, Hubertus (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Hamburg 1989.

Meckel, Markus: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen, Leipzig 2020.

Meckel, Markus/Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit, kommentierte Quellentexte, mit einem Vorwort von Hermann Weber, Köln 1994.

Solschenizyn, Alexander: Der Archipel Gulag, Frankfurt a.M. 2008.

Strafgesetzbuch der DDR in der Fassung vom 19. Dezember 1974, in: <http://www.verfassungen.de/ddr/strafgesetzbuch74.htm>, abgerufen am 25.1.2021.

Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse, in: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DC-9-32323/index.htm?kid=e1644111-a2a9-498f-8621-d56dc50765b1>, abgerufen am 25.1.2021.

37 I.-S. Kowalczuk: Politischer Samisdat in der DDR, S. 68.

Literaturverzeichnis

- Buchholz, Matthias et al. (Hg.): Samisdat in Mitteleuropa. Prozeß, Archivierung, Erinnerung, Dresden 2004.
- Fricke, Karl Wilhelm: »Vorwort«, in: Kowalczuk, Freiheit und Öffentlichkeit (2002), S. 15-19.
- Geulen, Christian: »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 7, 1 (2010), URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2010/4488>, abgerufen am 10.6.2021.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: »Von »aktuell« bis »Zwischenruf«. Politischer Samisdat in der DDR«, in: Ders.: Freiheit und Öffentlichkeit (2002), S. 21-104.
- Michael, Klaus: »Samisdat-Literatur in der DDR und der Einfluss der Staatssicherheit«, in: DA 36 (1993), S. 1255-1266.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn ²2000.
- Neubert, Ehrhart: »Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht«, in: Totalitarismus und Demokratie 3 (2006), S. 47-77.
- Neubert, Ehrhart: »Vorgeschichte und Geschichte der Revolution als zivilisatorischer Konflikt«, in: Neubert/Eisenfeld, Macht, Ohnmacht, Gegenmacht (2001), S. 367-400.
- Neubert, Ehrhart/Eisenfeld, Bernd (Hg.): Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001.
- Pollack, Detlef: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020.
- Richter, Sebastian: Norm und Eigensinn. Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985-1989, Berlin 2007.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, erster Halbband, Tübingen 1956.

